Liberales Baden-Württemberg

Mitgliedermagazin der FDP Baden-Württemberg

Ausgabe 2/2008

Liebe Mitglieder und Freunde der FDP,

Tag für Tag werden durch die Berichterstattung die schlimmsten Befürchtungen bestätigt, die man zu Beginn der Legislaturperiode gegenüber einer sogenannten „Großen Koalition" hatte. Aus breiten Mehrheiten wurde politische Lähmung, aus breiter Zustimmung der Bevölkerung wurde Fassungslosigkeit darüber, dass diese Koalition lieber sinnlos streitet, anstatt dringend nötige Reformen auf den Weg zu bringen.

Dabei zeigen insbesondere die linken Kräfte im Windschatten einer schwachen SPD, dass sie die Sozialdemokraten vor sich hertreiben. Der Bundesvorsitzende der SPD führt diese Partei schon lange nicht mehr, sondern verwaltet eine bunte Truppe von Selbstdarstellern. Jüngstes Beispiel ist die Nominierung von Gesine Schwan für das Amt der Bundespräsidentin. Es ist das gute Recht jeder Partei, eine demokratische Alternative anzubieten. Allerdings hat die SPD damit nach dem Kurswechsel von Frau Ypsilanti in Hessen nun schon zum zweiten Mal in kurzer Zeit gezeigt, dass sie bereit ist, zugunsten einer linken Mehrheit ihr Wort zu brechen und sich auf der Bundesebene mit der Linken einzulassen.

Wir haben uns für Horst Köhler ausgesprochen. Er ist ein Bundespräsident, wie man ihn sich wünscht: unabhängig und mit eigenem Kopf. Er ist eine Persönlichkeit, die für Bürgernähe, wirtschaftliche Vernunft, rechtsstaatliche Sensibilität und Weltoffenheit steht. Diese Eigenschaften zeichnen auch einen Liberalen aus. Er repräsentiert Deutschland in der Welt erstklassig und genießt zu Recht hohe Anerkennung und Wertschätzung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sollte die CSU ihre Vormachtstellung bei der

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Energie

Eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts

103. Ord. Landesparteitag am 12. Juli 2008 in Mannheim:
Bericht der Grundsatzkommission, Seite 8
Bericht des Landesschatzmeisters, Seite 11
Terminhinweise, Seite 12

FDP
Die Liberalen

Bayernwahl verlieren, heißt das noch lange nicht, dass damit die Mehrheit in der Bundesversammlung weg wäre. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die FDP in Bayern den Sprung zurück in den Landtag schafft – und wir sind klar positioniert.

Wir dürfen die Augen dabei nicht vor der Tatsache verschließen, dass die Kräfte, die sich unter dem Dach der „Linken" einfinden, aus unterschiedlichen Richtungen kommen. Darunter sind überzeugte Kaderkommunisten und DDR-Nostalgiker ebenso wie linke Romantiker und enttäuschte Sozialdemokraten. Sie erhalten Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die ihrem Protest Ausdruck verleihen wollen. Das Ziel dieser Partei ist jedoch eindeutig: Sie wollen eine andere Republik! Es kommt nicht von ungefähr, dass die Linke bis zum heutigen Tag die Festlegung ihrer wahren Ziele in einem Parteiprogramm genauso schuldig geblieben ist wie das klare Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wir Liberale haben die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer ersten Minute mit voller Überzeugung mitgeformt und dazu beigetragen, sie zu einem erfolgreichen und menschenwürdigen Staat zu machen. Baden-Württemberg ist das Stammland der Liberalen.

Theodor Heuss, einer der Väter des Grundgesetzes und Liberaler der ersten Stunde, kam von hier. Gerade wir sagen daher: wir stehen zu dieser Republik und wir werden für unsere freiheitliche politische Ordnung kämpfen!

Auf Landesebene zeigen wir jeden Tag, wie gute Politik aussieht. Personelle Geschlossenheit, klarer programmatischer Kurs und ein eindeutiges Bekenntnis zu einer stabilen bürgerlichen Mehrheit sind die Rezepte für die Spitzenstellung unseres Bundeslandes durch liberale Politik.

In enger Abstimmung schaffen Landespartei, liberale Ministerien und unsere Abgeordneten der FDP aus Baden-Württemberg, dass wir den Bürgern über alle Ebenen Politik aus einem Guss präsentieren können. Bei uns wissen die Bürger, woran sie sind. Das schafft Vertrauen.

Das zeigt sich in klaren Daten: Blendende Wirtschaftszahlen, die uns den Platz an der Spitze garantieren, ein Haushalt, der dank des guten wirtschaftlichen Klimas und verlässlicher politischer Rahmenbedingungen in der Zwischenzeit ohne neue Schulden auskommt und sogar die Schuldenlast reduzieren kann, vorbildliche Werte und Zahlen in Forschung, Entwicklung und Bildung und eine Politik, die die Bürgerrechte wahrt.

So etwas sucht man bei der Bundesregierung in Berlin vergeblich. Dort klettern die Schulden von Rekordhoch zu Rekordhoch, dort werden pausenlos neue bürokratische Monster, wie z.B. der „Gesundheitsfonds", ausgedacht und statt weiterer notwendiger Reformschritte werden die Bürgerinnen und Bürger, wird vor allem die Mitte der Gesellschaft mit steigenden Abgaben und Steuern belastet.

Im nächsten Jahr wird es bei der Kommunal-, der Europa- und der Bundestagswahl in unserem Land um viel gehen. Dann wird sich zeigen, ob wir eine Republik sind, die in den nächsten Jahren verlässlich aus der Mitte heraus regiert werden kann, oder ob wir im Anschluss einer Koalition des Stillstands eine linke Koalition des Populismus und der Staatswirtschaft bekommen.

Wir haben das Programm und wir haben die Geschlossenheit, um uns den Herausforderungen der Wahlkämpfe zu stellen. Immer mehr Bürger haben genug vom Stillstand und kommen zu uns, um dynamische Politik zu erleben.

Dies ist vor allem das Werk unserer vielen Mitglieder, die ehrenamtlich Zeit und Geld investieren, um liberale Erfolge deutlich zu machen. Ich danke Ihnen herzlich für Ihren großen Einsatz und weiß, dass Sie oft die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sind. Das muss nicht immer nur bei formalen Veranstaltungen sein. Gerade der Sommer ist die Zeit, in der sich die Menschen für liberale Politik begeistern lassen. Das kann durchaus im privaten Rahmen geschehen. Eine Gartenparty oder ein gemeinsamer Grillabend bieten oft den passenden Anlass, um in zwangloser Atmosphäre über Politik zu plaudern. Wenn Sie dazu einen Gast aus den Reihen der liberalen Mandatsträger einladen wollen, dann hilft Ihnen unsere Landesgeschäftsstelle gerne bei der Terminanfrage.

Ich hoffe, dass Sie den frühen Sommer bereits richtig genießen und wünsche Ihnen viele schöne Tage, sowie in den Sommerferien die Chance auf Urlaub und Erholung.

Ihre

Birgit Homburger

Für einen Energiemix

Verantwortliche Energiepolitik muss sicher, umweltfreundlich und wirtschaftlich sein

Von Ernst Pfister MdL

Energiepolitik muss sicher, umweltfreundlich und wirtschaftlich sein – nur wenn sie diese drei Kriterien erfüllt, kann sie als verantwortlich bezeichnet werden. Deshalb habe ich dazu im April beim Landeshauptausschuss der FDP/DVP einen Leitantrag eingebracht.

Die Energiekosten sind zum Preistreiber geworden. In Baden-Württemberg lagen sie im Jahr 2007 um mehr als 50 Prozent über den Preisen des Jahres 2000; die Lebenshaltungskosten insgesamt sind jedoch nur um 15 Prozent gestiegen. Dies liegt unter anderem auch daran, dass wir auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt zu wenig Wettbewerb haben – für Liberale eine unerträgliche Situation. Die Ursachen für die Strompreiserhöhungen liegen aber in erster Linie auch an Maßnahmen des Staates. So ist in den Jahren 2003 bis 2007 der Anteil der Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis von 25 auf 40 Prozent gestiegen. Die Erhöhung der Energiepreise der vergangenen Jahre haben vor allem die Menschen hart getroffen, die über wenig Einkommen verfügen. Hier müssen wir gegensteuern.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt der Energiepolitik ist die Versorgungssicherheit. Die zunehmende Verknappung der fossilen Energie und der wachsende Energiebedarf sind eine oder vielleicht sogar die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir müssen einen Energiemix anstreben – hier sind vor allem die Erneuerbaren Energien wichtig. Sie werden im Land erzeugt und schaffen hier Arbeitsplätze. Gleichzeitig leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes. Auch wenn sie teurer als herkömmliche Energiearten sind wollen und brauchen wir sie, um den Ausstoß von Kohlendioxid zu reduzieren und unabhängiger von Energieimporten aus politisch unsicheren Regionen zu werden.

Wir brauchen einen Energiemix, bei dem die Kernkraft – zumindest in absehbarer Zeit - nicht fehlen darf. Ihr Anteil an der Stromerzeugung beträgt auch nach der Abschaltung von Obrigheim immer noch gut 50 Prozent.

Dank der Kernenergie ist Baden-Württemberg auch beim CO2-Ausstoß pro Kopf beispielhaft: Während der Durchschnittsbundesbürger jedes Jahr mehr als zehn Tonnen CO2 ausstößt, geben die baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger durchschnittlich nur etwas mehr als sieben Tonnen CO2 in die Atmosphäre ab. Sollte der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2021 umgesetzt werden, drohen Engpässe und weitere Strompreiserhöhungen, denn Kernkraft ist die kostengünstigste Art der Stromversorgung. Ich spreche mich klar für eine Laufzeitverlängerung aus, die jedoch mit der Verpflichtung an die Kernkraftwerksbetreiber verbunden sein muss, mindestens die Hälfte des dadurch erwirtschafteten Gewinns in eine Stiftung einzubringen, die diese Mittel ausschließlich zur Erforschung und Markteinführung von Erneuerbaren Energien verwendet. Mit der Laufzeitverlängerung setzen wir so Mittel frei, die den Erneuerbaren Energien einen zusätzlichen Push geben. Die von uns verfolgte Strategie ist eine Doppelstrategie: wir erreichen eine stärkere Reduzierung des CO2-Ausstoßes und gleichzeitig niedrigere Energiepreise im Vergleich zu der Politik, die von Rot-Grün begonnen wurde und von Schwarz-Rot unverändert fortgesetzt wird.

Im Übrigen leben wir auf keiner Insel, sondern stehen im europäischen und zunehmend im internationalen Wettbewerb. Während in Deutschland die Laufzeiten für Kernkraftwerke von 40 aus 32 Jahre reduziert wurden, werden sie in anderen Ländern auf 50 oder 60 Jahre erhöht.

LFA Forschung u. Technologie zu Besuch in Karlsruhe: VERENA, Gyroton, KIT.... Wir wissen jetzt, was sich hinter diesen Abkürzungen verbirgt: Programmschwerpunkte des Karlsruher Forschungszentrums. Eine kleine Gruppe des LFA, erweitert durch FDP-Mitglieder aus der Umgebung, besichtigten hier am 29. März einige Einrichtungen und konnten sich dabei nicht nur über das Großexperiment zur Reaktorsicherheit informieren, sondern auch über die Verglasungsanlage von radioaktivem Abfall. Die Höchstleistungs-Mikrowellen-Heizung für die Kernfusion, das Wasserstoff-Versuchszentrum und der erste, jetzt stillgelegte, Forschungsreaktor blieben vor neugierigen Fragen ebenfalls nicht verschont. Mit einem Besuch bei KATRIN (Karlsruher Tritium Neutrino Experiment) wurde die Führung nach fast vier Stunden abgeschlossen und alle waren sich einig, dass wir zwar keine Experten geworden sind, aber die Sicherheit der deutschen Kernkraftforschung positiv bewerten können.

Über 35 Jahre erfolgreiche städtebauliche Erneuerung in Baden-Württemberg

Das Wirtschaftsministerium mit Minister Ernst Pfister und Staatssekretär Richard Drautz an der Spitze wird der städtebaulichen Erneuerung weiterhin hohe Priorität einräumen

Seit nunmehr 37 Jahren ist die Städtebauförderung ein wirksames, zielgerichtetes und flexibles Instrument für eine aktive und gebündelte Strukturpolitik in Baden-Württemberg. „Durch sie und mit ihr konnte die Qualität der Städte und Gemeinden als Wirtschafts-, Wohn- und Lebensstandorte in allen Teilen des Landes bedeutend verbessert werden", betonen Wirtschaftsminister Ernst Pfister und Staatssekretär Richard Drautz. Doch auch in Zukunft gebe es noch viel zu tun.

Seit dem Jahr 1971, in dem das Städtebauförderungsgesetz in Kraft trat, konnten den baden-württembergischen Kommunen insgesamt rund 5,53 Milliarden Euro Finanzhilfen bewilligt werden, davon allein rund 4,68 Milliarden Euro Landesfinanzhilfen. Insgesamt sind von den 1.109 baden-württembergischen Städten und Gemeinden 794 in die Programme der Städtebauförderung aufgenommen. Zurzeit werden über 1.150 Sanierungsmaßnahmen in 670 Kommunen abgewickelt. Rund 1.370 Maßnahmen wurden im Lauf der Jahre bereits erfolgreich abgeschlossen und abgerechnet.

Angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen wird das Wirtschaftsministerium mit Minister Ernst Pfister und Staatssekretär Richard Drautz an der Spitze der Städtebauförderung weiterhin hohe Priorität einräumen. Wesentliche Handlungsschwerpunkte der städtebaulichen Erneuerung in Baden-Württemberg sind die Zentren von Städten und Gemeinden, deren Vitalität sich in ihrer vielfältigen Nutzung von Handel und Dienstleistung über Wohnen und Arbeiten bis hin zu Kultur und Freizeit begründet. „Es gilt, die Zentren zu stärken und weiterzuentwickeln, so dass sie ihre vielfältigen Aufgaben auch künftig erfüllen können", betonen Pfister und Drautz. Dies gilt für städtisch und für ländlich geprägte Bereiche in gleicher Weise. Weitere wesentliche Förderschwerpunkte sind die Neustrukturierung von Brachflächen - z.B. von Industrie- und Gewerbebrachen, bisher militärisch genutzten Liegenschaften sowie von Bahn- und Postbrachen.

Hinzu kommt die energetische und bauliche Erneuerung der sozialen Infrastruktur, die Sicherung des Wohnungsbestandes und die Stabilisierung und Aufwertung bestehender Gewerbegebiete, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken. Von großer Bedeutung ist schließlich auch die Sanierung des Gebäudebestandes zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Energie aus Blitzen

Jetzt ist wieder die Jahreszeit von Blitz und Donner: von den über 2,5 Millionen Blitzen, die jedes Jahr auf Deutschland niederfahren, entlädt sich fast ein Drittel alleine im Juni.

Schon manch einer mag sich angesichts dieses beeindruckenden Naturschauspiels gefragt haben, ob die gewaltige Energiemenge nicht auch zum Wohle der Menschen eingefangen werden könnte. In der Tat werden bei einem Blitz gewaltige Energien frei: Innerhalb von Sekundenbruchteile fließen 100.000 bis 200.00 Ampere und bei einer Leistung von über einem Giga-Watt erhitzt sich die Luft am Entladungsort auf über 30.000 Grad Celsius.

Trotz dieser gewaltigen Energiemengen lohnt es sich jedoch nicht, den Blitz einzufangen. Aufgrund der extrem kurzen Dauer (durchschnittlich 0.07 Sekunden) beträgt die Energie eines durchschnittlichen Blitzes nur ca. 23 Kilowattstunden, was bei einer Kleinstadt gerade mal eine Stunde lang reichen würde.

So wird die Erweckung von Frankensteins Monster in der Literatur wohl der einzige Anlass bleiben, bei dem Blitze vom Menschen genutzt werden. *(JH)*

Mehr zum Thema Energie aus Blitzen und Gewittern finden sie im Internet unter: http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20059/1.html

Unsere Energiepolitik braucht Realismus, Wettbewerb und Planungssicherheit

von Dr. Hans-Ulrich Rülke

Die Energieversorgung in Baden-Württemberg wird durch die konfusen Vorgaben der großen Koalition gefährdet. Die baden-württembergische FDP/DVP-Landtagsfraktion hat darauf reagiert und ein Positionspapier entworfen in dem die Interessen des Landes deutlich werden. Wir brauchen mehr Investitionen in unseren Kraftwerkspark sowie in die Netze und aus diesem Grund mehr Planungssicherheit und langfristige Konzepte. Mit ideologisch geführten Debatten lässt sich keine kohärente und nachhaltige Energiepolitik betreiben. Darüber hinaus gefährden wir damit den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Gerade in der der Energiepolitik steht das Land Baden-Württemberg vor vier zentralen Herausforderungen, die im Lichte des wichtigen landespolitischen Ziels einer Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung auf 20 % bis 2020 zu sehen sind. Dazu gehören die steigenden Energiepreise, drohende Versorgungsstörungen aufgrund von Exportabhängigkeiten, die Klimaerwärmung und die Sicherung der Energiewirtschaft und ihrer Arbeitsplätze im Land.

Die FDP-Fraktion sieht die Zielsetzung, den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 % zu steigern bei gleichzeitiger Erreichung der Klimaschutzziele nur dann als realistisch an, wenn man davon ausgeht, die restlichen 80% an Energiebedarf durch Kernenergie (50%) sowie Fossile Energieträger (30%) zu decken. Nur ein Energiemix lässt die Bewältigung der vier Herausforderungen als realistisch erscheinen.

Wir betrachten die Kernenergie als Brückentechnologie. Mindestens der halbe Ertrag aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll in die Erneuerbaren Energien investiert werden. Nur so kann deren Ausbau für den Verbraucher erschwinglich bleiben. Die Energiefrage ist für Baden-Württemberg von großer Bedeutung und sie muss auch im Land gelöst werden. Der Verweis auf europäische Netze, wie es die Grünen ständig tun, ist nur ein Ablenkungsmanöver, um sich vor der notwendigen Entscheidung zur Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke im Land zu drücken.

Es wird darüber hinaus immer deutlicher, dass der Süden Deutschlands auf ein Netzproblem zusteuert, je mehr die Erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Etwa „offshore" erzeugter Strom oder Importkohle (über den Seeweg aus dem Norden Deutschlands) erzwingen lange Netzwege mit 15-20% Effizienzverlust. Dies treibt die Preise und erzwingt erhebliche Investitionen in die Netze. Überdies ist zu berücksichtigen, dass bis 2030 mit einer weltweit um mehr als die Hälfte steigenden Energienachfrage zu rechnen ist, was die Preise weiter nach oben treiben wird.

Um den Standort Baden-Württemberg nicht durch überhöhte Preise unattraktiv zu machen und bezahlbare Energie für den Bürger zu ermöglichen brauchen wir dringend mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt und eine an den Bedürfnissen der Menschen und der Natur ausgerichtete Energiepolitik Es kann nicht sein, dass die Ideologie der reinen Ökologie, die Zukunft unsere Kinder aufs Spiel setzt indem falsche Investitionen in nicht zukunftsfähige bzw. noch nicht ausgereifte Techniken erfolgen. Dieses Geld kann man in einer ökologischen Marktwirtschaft wie sie die FDP schon seit den 70er Jahren vertritt besser verwenden. Und zwar so, dass dabei ein Mehrwert für Umwelt und den Menschen entsteht.

Darüber hinaus werden wir uns mit dem Thema Energieeinsparung, Energieeffizienz und Kontrolle der Energiekonzerne durch die Bürger zu befassen haben. Wir sollten Preise vergleichen und die Anbieter gegebenenfalls wechseln.

Die FDP will eine wirksame kartellrechtliche Kontrolle. Deshalb streben wir eine Beweislastumkehr an, wenn Preiserhöhungen zweifelhaft sind. Auch die Anreizregulierung ist ein richtiger Weg. Hier würden wir uns aber wünschen, dass nicht der Spitzenreiter als Benchmark betrachtet wird, sondern ein Durchschnittswert einer Spitzengruppe.

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL ist wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP/DVP Landtagsfraktion

Der Preis der Überregulierung - Das Klima- und Energiepaket der EU

von Dr. Silvana Koch-Mehrin MEP

Die Benzinpreise steigen, manch einer kann sich das Autofahren nicht mehr leisten und bereits im letzten Winter haben die Menschen vereinzelt wieder mit Holz geheizt, weil das Öl zu teuer war. Keine Frage: Energiepolitik ist im Jahr 2008 ein großes Thema - und ein wichtiges Thema, denn es betrifft am Ende jeden im tagtäglichen Leben. Die Europäische Union beschäftigt sich intensiv damit. Bereits im Januar hat die Europäische Kommission ein so genanntes „Klima und Energiepaket" vorgelegt. Aber was hat es damit eigentlich auf sich? Die Arbeiten der EU-Kommission bauen auf Entscheidungen aus dem Frühjahr 2007 auf. Unter deutscher Ratspräsidentschaft hat der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs dieses Thema diskutiert. Eine heikle Frage.

Einerseits sollte der Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung als verbindliches Ziel festgeschrieben werden, andererseits sollten neue Klimaschutz-Vorschriften die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht gefährden. Im Ergebnis hat man sich auf die die Formel 20-20-20 für europaweite Zielwerte bis 2020 geeinigt: Verringerung der CO2-Emmissionen um 20 Prozent, Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent.

Die EU-Kommission hat in Reaktion darauf Vorschläge erarbeitet und im Januar 2008 vorgelegt, die unter dem so genannten „Klima und Energiepaket" zusammengefasst werden. Im Sinne der Förderung erneuerbarer Energiequellen und des Klimaschutzes sollen bestehende Richtlinien geändert werden, wie z.B. die Emissionshandelsrichtlinie, aber es wurden auch neue Vorschläge eingebracht z.B. zur Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien.

Das klingt alles sehr komplex und man fragt sich, wo diese Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, am Ende für die Menschen spürbar sind. Beispiele gibt es viele. Zunächst gibt es die Reduktionsziele für CO2-Ausstoß. Diese betreffen die Industriebetriebe

wie z.B. Kraftwerke und Stahlwerke, die dem Emissionshandel unterliegen. Sie sollen 21 Prozent weniger Emissionen verursachen. Aber auch die übrigen, kleineren für Emissionen verantwortlichen Sektoren sollen in die Verpflichtung genommen werden. Das sind Verkehr, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Industrieanlagen mit geringeren Emissionen - und auch der Gebäudesektor.

Als Reduktionsziel für die gesamte EU bis 2020 schlägt die Europäische Kommission zehn Prozent bei den so genannten kleineren Emissionsquellen vor. Spürbar sind die EU-Entscheidungen also nicht nur in großen Industriebetrieben, sondern z.B. auch in der Autoindustrie oder in mittelständischen Unternehmen der Immobilienbranche. Und damit natürlich auch jeden, der ein Auto fährt oder ein Haus bauen möchte.

Emissionen sollen reduziert werden, das ist ein sinnvolles Ziel. Das Europäische Parlament hat das Klima- und Energiepaket daher in ersten Stellungnahmen weitgehend positiv aufgenommen. Aber der Weg, der hier beschritten wird, ist trotzdem falsch. Die EU sollte Leitlinien und Ziele für die Politik in den Ländern vorgeben. Sie sollte auch die Mitgliedsländer darauf einschwören. Aber es ist nicht ihre Aufgabe, alles bis ins Detail zu regeln.

Am Ende entsteht so lediglich ein engmaschiges Dickicht an Vorschriften, das kaum ein Mensch mehr versteht. Zu starke Regulierungen und bürokratische Handlungsweisen belasten die Unternehmer und halten sie von ihrer eigentlichen Arbeit ab. Wir liberale im Europaparlament setzen uns dafür ein, dass es sinnvolle Regelungen gibt. Ein Beispiel: Im Rahmen von CARS21 wurde der liberale Vorschlag im Plenum angenommen.

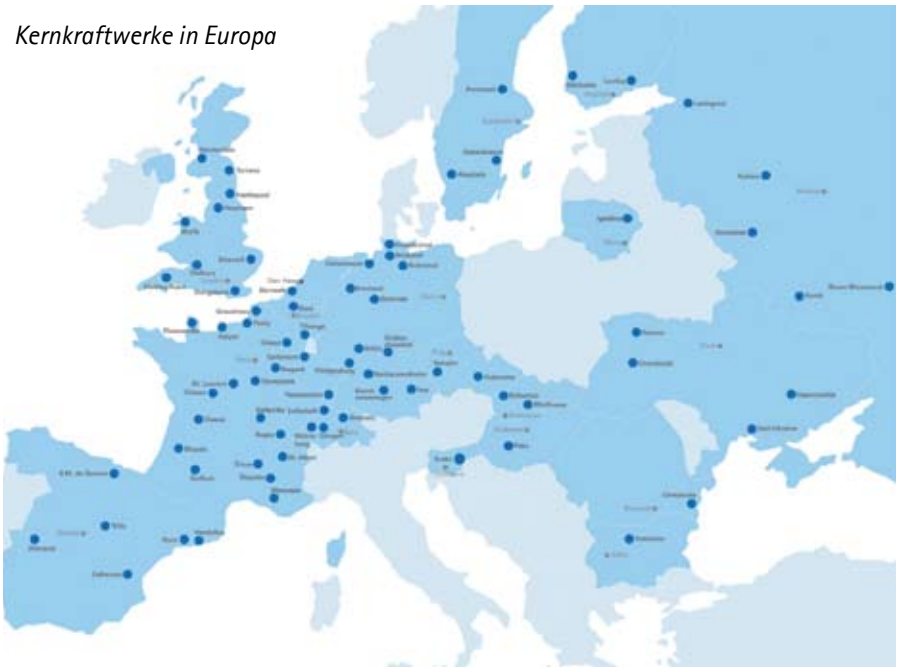
So müssen die Auflagen des CO2-Zielsystems für PKW erst ab 2015 gelten, erst drei Jahre später als ursprünglich von der Kommission vorgeschlagen. Dies kommt den Entwicklungszyklen der Automobilbranche entgegen, die zwischen fünf und sieben Jahren liegen.

Eine Regelung in 2012 hätte hohe Geldstrafen unausweichlich gemacht. Diese Entwicklung wäre für Deutschland und insbesondere die deutsche Automobilbranche fatal gewesen. Dennoch sind die Vorgaben, die die Europäische Kommission im Klima- und Energiepaket plant, an vielen Stellen zu detailliert. Es drohen zusätzliche Kosten für Unternehmen. Im Endergebnis könnten verschiedenste betroffene Wirtschaftssektoren Schaden nehmen.

In Zukunft wird noch viel geschehen. Im Herbst 2008 ist eine Novellierung des Europäischen Aktionsplans für Energieeffizienz von 2006 zu erwarten. Europaparlament und Rat wollen sich aber schon im Dezember 2008 in erster Lesung zum Klima- und Energiepaket einigen.

Wir Liberale im Europaparlament setzen uns auch in Zukunft für eine ganz einfache Regel ein: „Schuster bleib bei Deinen Leisten". Die Europäische Union sollte nur in den Bereichen zuständig sein, wo es sinnvoll ist. In Bezug auf die Energiepolitik heißt das: Ja zu Grundsätzen und Leitlinien, Nein zu bürokratischen Regeln.

Kernkraftwerke in Europa



Quelle: Informationskreis Kernenergie, www.kernenergie.de

Alliance of Liberals and Democrats for **Europe**
Alliance des Démocrates et des Libéraux pour l'**Europe**

Bericht der Grundsatzkommission der FDP / DVP Baden-Württemberg

von Dr. Horst Mehrländer

An Dreikönig 2010 wird der Landesparteitag das erste Grundsatzprogramm in der sechzigjährigen Geschichte der FDP / DVP Baden-Württemberg beschließen. Dieses Projekt basiert auf der Überzeugung, dass Baden-Württemberger - bei allen regionalen Unterschieden - doch etwas Gemeinsames geschaffen haben: ein Bundesland, von freiheitlich-liberalen Wurzeln geprägt, wirtschaftlich stark und mit hoher Lebensqualität. Unser Grundsatzprogramm soll die Werte und Ziele unserer Partei vor dem Horizont der Veränderungen und Entwicklungen beschreiben, die wir in Politik und Gesellschaft, der Parteienlandschaft und der globalisierten Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts identifizieren.

Dabei sollen Schlüsselbegriffe liberaler Politik geklärt und auf die Zukunft hin entfaltet werden. Es soll dem politischen Handeln der FDP/DVP über die kommenden Jahre hinaus Orientierung geben und damit identitätsstiftend wirken nach innen und nach außen. Im Unterschied zu allen anderen Parteien wird nicht erst ein Entwurf „von oben" vorgegeben, sondern wir fragen zu allererst die Parteibasis, was aufgrund ihrer Erfahrungen in dem Programm stehen soll.

Der Landesvorstand hat eine Grundsatzkommission von 16 Mitgliedern unter Vorsitz von Dr. Horst Mehrländer und stellvertretendem Vorsitz von Pascal Kober eingesetzt. Diese Kommission hat den Auftrag, zur Mitarbeit zu motivieren, die Diskussion in der Partei anzuregen und zu begleiten und schließlich auf der Basis der Rückmeldungen aus der ganzen Breite unsere Partei einen ersten Entwurf zu erstellen, der im Frühjahr 2009 vorgestellt werden wird. Für das Nachdenken und Mitmachen der Parteimitglieder hat die Kommission „Impulsfragen" entwickelt, die auch im Internet – www.grundsaetze.fdp-bw.de – abrufbar sind. Diese Impulsfragen diskutieren derzeit Mitglieder der Kommission mit unserer Parteibasis. Die Reaktionen sind bisher sehr erfreulich. Wir hoffen, dass sich noch weitere Kreisverbände, Landesfachausschüsse und Vorfeldorganisationen bei uns für ein Gespräch melden. Darüber hinaus stehen Mitglieder der Kommission für Referate zu speziellen Themen zur Verfügung.

Die Hoffnungen und Erwartungen, mit diesem Projekt das liberale Profil für die Partei und die Öffentlichkeit in Baden-Württemberg noch zu verdeutlichen, zu schärfen und zugleich attraktiv zu machen, ruhen nicht allein auf dem am Ende fertiggestellten Grundsatzprogramm.

Schon der derzeit laufende und sich bis Dreikönig 2010 fortsetzende Diskussionsprozess über Inhalt und Gestaltung des Grundsatzprogramms ist sehr wichtig. Das zeigen auch die bisherigen Erfahrungen. Die Grundsatzkommission wird in diesem Sinne ihre Arbeit fortsetzen.

Die Grundsatzkommission im Netz: www.grundsaetze.fdp-bw.de

Im Internet finden Sie die aktuelle Grundsatzdebatte in Form eines Weblogs. Die FDP-Baden-Württemberg möchte Ihre Mitglieder zur aktiven Mitarbeit an der Diskussion über die liberalen Grundideen ermutigen. Auf dem Blog sind die zentralen Thesen in einzelnen Kapiteln veröffentlicht und Internetnutzer können sich nach erfolgter Registrierung mittels Kommentarfunktion an der Diskussion zum jeweiligen Thema beteiligen. *(ml)*

Stimme der Menschen - nicht nur in Stuttgart

Stadtrat Günther Willmann feiert 80. Geburtstag

Millionen von Menschen in Stuttgart und ganz Baden-Württemberg kennen Günther Willmann aus beliebten Radiosendungen oder der Stadionansage in Stuttgart.

Was viele jedoch nicht wissen: Die sympathische und kompetente Stimme gehört einem liberalen Stuttgarter Kommunalpolitiker, der schon fast zwanzig Jahre dafür sorgt, dass die Liberalen den Kurs der Landeshauptstadt mitbestimmen.

Ab 1946 arbeitete er beim Süddeutschen Rundfunk, unter anderem als Moderator von zahlreichen Sendungen. Er berichtete über Jahre auch aus dem Landtag. Mehr als 40 Jahre war Willmann Sprecher im heutigen Gottlieb-Daimler-Stadtion und gab dem Fußball sein Herz und seine Stimme. Der liberale Stuttgarter Stadtrat Günther Willmann feierte am Mittwoch, 2. April, seinen 80.Geburtstag. Seit 1989 gehört er als Mitglied der FDP-Fraktion dem Gemeinderat der Landeshauptstadt an. Seit 1974 ist er Mitglied der FDP.

Verdienstorden des Landes Brandenburg an Wolfgang Hempel

Am 13.6.2008 verleiht der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Mathias Platzek den Verdienstorden des Landes Brandenburg an Wolfgang Hempel.

Wolfgang Hempel, bis 1996 Hauptabteilungsleiter Dokumentation und Archive des Südwestfunks Baden-Baden, war von 1996 bis 2005 ehrenamtlicher stellv. Direktor des Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam, in dessen Kuratorium er inzwischen gewählt wurde.

Er war maßgeblich an der Gründung des Instituts für Information und Dokumentation (IID) an der Fachhochschule Potsdam beteiligt, an dem seit 1992 Wissenschaftliche Dokumentarinnen und Dokumentare ausgebildet werden.

Die Fachhochschule Potsdam hat Wolfgang Hempel 1996 zum Ehrensenator gewählt und das Land Brandenburg verlieh ihm 2001 den Titel „Professor ehrenhalber". Außerdem ist er Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt.

Wolfgang Hempel, geboren 1931 in Minden/Westfalen, trat 1968 in Baden-Baden in die FDP ein. Von 1978 bis 1997 war er Vorsitzender der Landesmedienkommisson der FDP/DVP Baden-Württemberg, von 1978 bis 1999 Mitglied der Bundesmedienkommission der FDP.

Von 2001 bis 2004 vertrat er noch einmal den Landesverband Baden-Württemberg in der FDP-Bundeskommission für Internet und Medien.

Wolfgang Hempel ist Mitglied im Verband Liberaler Akademiker e.V. und in der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg. Mehr dazu: *www.liberale-senioren-bw.de*

Sibylle Laurischk MdB

Liberaler Erfolg in Berlin

Neues Unterhaltsrecht stärkt Kinderrechte

Ein besonderer Erfolg für Sibylle Laurischk MdB ist die Reform des Unterhaltsrechts, an der sie seit ihrem Einzug in den Bundestag gearbeitet hat:

„Das Unterhaltsrecht den Realitäten anzupassen und die Rechte der Kinder zu stärken, war mir ein großes Anliegen." Derzeit setzt sie sich für die Verbesserung der Integrationskurse ein, damit diese Wirkung entfalten.

„Das Potential der Zuwanderer zu nutzen, ist angesichts der demografischen Entwicklung unser ureigenstes Interesse", erklärt sie. Wichtig ist ihr der Erwerb der deutschen Sprache durch Migranten und ihren Kindern von klein auf.

Weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Seniorenpolitik. „Lebenslanges Lernen und ältere Menschen in der Arbeitswelt sind wichtige Stichworte", so Laurischk. Daher veranstaltet die Bundestagsfraktion am 3. Juli in Berlin einen Seniorenkongress.

Das Programm finden Sie unter *www.laurischk.de*

FDP-Fraktionsvorsitzendem Walter Witzenmann zum 100. Geburtstag gedacht

Klaus Kinkel, Bundesaußenminister a.D. hält Festrede

Am 23. Mai wurde dem Ehrenbürger der Stadt Pforzheim und langjährigen FDP-Fraktionsvorsitzenden in einer Feierstunde gedacht. Der im Jahr 2004 im Alter von 96 Jahren gestorbene, war ein aktiver Förderer unserer Partei. Witzenmann gehörte der FDP fast 60 Jahre lang an und vertrat sie über vier Jahrzehnte lang im Pforzheimer Gemeinderat. Dies würdigten seine Parteifreunde Dr. Klaus Kinkel, Bundesaußenminister a.D.; Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL und FDP-Oberbürgermeisterin Christel Augenstein während der Feierstunde im Walter-Witzenmann-Hörsaal, der Hochschule Pforzheim.

Freie Schulen weiter unterstützen

Wir brauchen endlich eine gleichberechtigte Förderung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft. Beide erfüllen einen öffentlichen Auftrag – und zwar den gleichen.

Gerade wir Liberale stehen für Vielfalt, für Wettbewerb und nicht für einheitliche Wege, um zum gleichen Bildungsziel zu kommen.

Umso ärgerlicher ist es, wie die Bundesregierung mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Schulgeld umgeht. Schwarz und Rot wollen eine Obergrenze von 3000 Euro einziehen. Und diese Haltung ist falsch Die bisherige 30-prozentige Absetzbarkeit gibt all den Eltern, die ihre Kinder auf evangelische oder katholische Schulen, in Waldorf- oder Montessori-Einrichtungen schicken oder eigene Elterninitiativen gründen wenigstens einen kleinen Ausgleich.

Schulen in freier Trägerschaft beleben die Bildungslandschaft, sind oft Vorreiter für neue pädagogische Konzepte und sind Schrittmacher für mehr Eigenverantwortung in den staatlichen Schulen.

Patrick Meinhardt MdB

25, 40, 50 – ehrwürdige Parteijubiläen in Weil der Stadt

„Für die Demokratie ist es wichtig, dass sich Menschen politisch engagieren, auch wenn einem der Wind ins Gesicht bläst." Diese Einstellung haben drei liberale Parteijubilare, die Ende April für ihr langjähriges Engagement bei der FDP im Ratssaal von Weil der Stadt geehrt wurden.

Zusammen brachten sie 115 Jahre Parteiarbeit mit: Melanie Schwietert 25 Jahre, Dietmar Spreer 40 und Dr. Rudolf Schnaufer sogar stolze 50 Jahre!

Vor rund 50 Parteimitgliedern wurden die Jubilare in Reden des Weil der Städter Bürgermeisters Hans-Josef Straub und durch die örtliche FDP-Landtagsabgeordnete Heiderose Berroth geehrt, die insbesondere die Verwurzelung von allen drei liberalen Mitgliedern in Gesellschaft, Wirtschaft und Gemeinde hervorhoben.

2008 feiert die FDP das 60. Jahr seit ihrer Gründung. In dieser Zeit gab es auf allen Ebenen viel Bewegung, viele Auseinandersetzungen, Kämpfe und Erfolge. Der Wert der liberalen Politik besteht auch in der Kontinuität. Dafür sind die drei Jubilare aus Weil der Stadt ein gutes Beispiel.

FDP Baden-Württemberg macht sich finanziell fit fürs Superwahljahr 2009

von Michael Link, MdB, Landesschatzmeister

Auf dem Mannheimer Wahlparteitag stelle ich den Rechenschaftsbericht für die Finanzen der Landespartei für die Jahre 2006 und 2007 vor. Dies nehme ich zum Anlaß, allen Mitgliedern einen knappen Überblick über die Tätigkeit des Landesschatzmeisters zu geben. Wer sich für die konkreten Zahlen interessiert, der erhält sie als Delegierte(r) auf dem Landesparteitag (Rechenschaftsbericht) oder als Mitglied über die Landesgeschäftsstelle.

Doch Schatzmeisterei ist weit mehr als das, was aus dem konkreten Rechenschaftsbericht hervorgeht. Denn neben den Schatzmeister-Aufgaben im engeren Sinne (Einhaltung der Vorgaben des Parteiengesetzes, Erstellen sparsamer Haushaltspläne), hat der Schatzmeister in meinem Verständnis auch die Aufgabe, stets neue Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen sowie eine Service-Funktion gegenüber den Kreis- und Ortsschatzmeistern unseres Landesverbandes.

Diese Service-Funktion, symbolisiert u.a. durch mehrere Schatzmeisterkonferenzen, soll unsere Untergliederungen auf das Wahljahr 2009 vorbereiten. Daher legen Schatzmeister und Landesgeschäftsstelle in den wahlfreien Jahren 2007 und 2008 größten Wert auf die Stärkung unserer Strukturen an der Basis. Schließlich können die Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen von unseren Gliederungen nur dann erfolgreich geschultert werden, wenn jetzt die finanziellen und organisatorischen Grundlagen gelegt werden. Finanzen beginnen stets bei den Eigenmitteln: In den Schatzmeisterkonferenzen standen deshalb die Themen Erhöhung des Durchschnittsbeitrags und Reduzierung der Nichtzahlerquote im Mittelpunkt. Aber auch der Akquise wird immer noch zuwenig Augenmerk gewidmet. Dabei sind doch gerade in Zeiten einer immer beliebiger werdenden CDU und einer immer weiter nach links rückenden SPD die Chancen für eine erfolgreiche Spendenwerbung für die FDP größer denn je. Im Landesverband haben wir 2006 - 2008 erfreuliche Spendenzuwächse erreicht. Maßgeschneiderte Spendenbriefe, individuelle Spenderansprache durch unsere Minister, Abgeordneten und Funktionsträger aller Ebenen und innovative Fundraising-Dinner haben uns in puncto Spendenwerbung deutlich voran gebracht. Diese Erfahrungswerte bieten wir auch Kreis- und Ortsverbänden an, denn nur die Basis kann den Wahlkampf 2009 vor Ort erfolgreich machen.

Damit unsere Basis auch dort stärker wird, wo es noch Nachholbedarf gibt, hat der Landesvorstand das Projekt Pilotkreisverbände gestartet. Koordiniert von Hartfrid Wolff, MdB, werden wir im Rahmen dieses Projekts zehn Kreisverbände, die gegenwärtig über keinen eigenen Abgeordneten verfügen, im Wahljahr 2009 organisatorisch aber auch finanziell besonders unterstützen.

Ziel der Schatzmeisterarbeit – und das gilt für alle Ebenen – muß es sein, punktgenau die für Wahlkämpfe benötigten Mittel zu liefern. Und dies ohne Kredite aufnehmen zu müssen, denn Kampagnen auf Pump darf es nicht geben! Der Landesverband Baden-Württemberg hat das in den letzten Jahren stets sehr erfolgreich geschafft. Insbesondere die letzte Landtagswahl 2006 hat uns durch klugen Mitteleinsatz Erfolge verschafft. Jedoch: In Zeiten, in denen Mehrheiten, besonders im Bund, brüchig werden und vorgezogene Neuwahlen nicht mehr ausgeschlossen sind, müssen wir auch für unvorhersehbare Ereignisse vorbereitet sein. Deshalb werde ich mich mit voller Kraft für die Schaffung wahlkampfunabhängiger Rücklagen einsetzen. Nur so sind wir gerüstet für Unvorhergesehenes. Den mit Abstand größten Posten in unserem Etat bilden die Landtagswahlkämpfe, denn anders als bei allen anderen Wahlen wird hier die zentrale Kampagne von Stuttgart aus geplant und bezahlt. Deshalb habe ich dem Landesvorstand bereits im April 2008 eine mittelfristige Finanzplanung bis 2012 vorgelegt. Durch die Verabschiedung dieser Planung hat der Landesvorstand frühzeitig die Weichen für eine solide und schlagkräftige Planung des Superwahljahrs 2009 und für die Landtagswahlen 2011 gelegt. Doch Plan ist nicht gleich Wirklichkeit: Damit wir unsere Batterien wie geplant auffüllen können, braucht es die Anstrengung aller Mandats- und Funktionsträger des Landesverbandes. Ich danke daher all jenen Gewählten, die am sehr guten Jahresergebnis 2007 mitgewirkt haben. Da ist aber noch Luft nach oben drin! Deshalb ist es unverzichtbar, dass alle Mitglieder des neuen Landesvorstands sich wieder aktiv an der Spendenwerbung beteiligen. Übrigens stehen wir nur dank dieser Anstrengung vieler und durch das Gehen neuer Wege in der Akquise (z.B. mehr Stände auf Parteitagen) dort wo wir heute sind - nämlich vorne unter den finanziell erfolgreichsten Landesverbänden der Bundespartei.

Einen enormen Teil dieses Erfolgs verdankt der Landesverband dem kleinen aber ultra-schlagkräftigen Team der Landesgeschäftsstelle (allen voran Olaf Bentlage). Ein Riesen-Dankeschön an dieser Stelle an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! 2009 steht für Deutschland und für die FDP viel auf Spiel. Dafür, dass wir als Landesverband auch 2009 und darüber hinaus stets voll im Spiel bleiben, würde ich gerne auch weiterhin für die FDP Baden-Württemberg aktiv vollen Einsatz bringen.

Fragen, Anregungen, Kritik? Bitte um Feedback an michael.link@bundestag.de oder unter *www.liberalerlink.de*

Goll und Baumann trainieren mit jungen Häftlingen für Halbmarathon

Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll mit jungen Häftlingen beim Training

Für sportlich ambitionierte jugendliche Strafgefangene geht der Justizminister mit gutem Beispiel voran. Prof. Dr. Ulrich Goll trainierte am Dienstag, 27. Mai unter Anleitung von Langstreckenläufer und Olympiasieger über 5000 Meter Dieter Baumann aus Tübingen in der JVA Adelsheim (Neckar-Odenwald-Kreis) mit jungen Häftlingen für einen Halbmarathonlauf (21,1 Kilometer). Der Minister ist selbst seit Jahren begeisterter Ausdauersportler.

Baumann und Goll trainierten mit insgesamt zehn Jugendlichen für das von Baumann im vergangenen Jahr ins Leben gerufene, bundesweit ausgetragene Laufprojekt „Jugend bewegt sich über Grenzen". Ein Team von fünf jungen Männern, von denen jeder etwa vier Kilometer laufen muss, nimmt an Ausscheidungswettkämpfen in der JVA Bremen und in der JVA Schifferstadt teil. Das Finale ist für den 20. Juni in der JVA Siegburg geplant. Im nächsten Jahr soll die JVA Adelsheim Austragungsort des Finales werden.

Goll nannte drei Gründe, warum Ausdauersport bei jungen Gefangenen zu unterstützen ist. „Sie können sich selbst beweisen, dass sie etwas leisten können. Sportliche Jugendliche gehen mit sich selbst bedachter um, was sich auch auf den Umgang mit anderen auswirkt und zudem sind fitte junge Menschen leichter in den Arbeitsmarkt integrierbar".

Alle Sportler bekamen ein vom Vollzuglichen Arbeitswesen eigens gefertigtes T-Shirt, das Baumann bereitwillig signierte. Ein Teilnehmer durfte sich noch über ein Geschenk der besonderen Art freuen: Des Ministers Laufschuhe. *(Text und Foto: Wirz)*

Impressum

Herausgeber:
FDP Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Jan Havlik
Anschrift:
Rotebühlstraße 131
70197 Stuttgart
Telefon: (0711) 666 18-0
Fax: (0711) 666 18-12
Email: fdp-bw@fdp.de
Web: www.fdp-bw.de
Verlag: liberal Verlag GmbH, Berlin
Herstellung: altmann-druck GmbH, Berlin
Gestaltung: Markus Lochmann, FDP-BW
Fotos: FDP-BW, www.sxc.hu, Wirz

Termine

103. Ordentlicher Landesparteitag: 12. Juli 2008, 10 Uhr, Rosengarten, Mannheim. www.parteitag.fdp-bw.de

Sommerfest der FDP Baden-Württemberg: 31. August 2008, 11 Uhr, Schwaigern, Alte Kelter

Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2009: 22. November 2008, 10 Uhr, Freiburg, Neue Messe

Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Europawahl 2009: 4. Januar 2009, Stuttgart, KKL. www.fdp-dreikoenig.de

104. Ord. Landesparteitag: 5. Januar 2009, Stuttgart, KKL, www.fdp-dreikoenig.de

Dreikönigsball: 5. Januar 2009, 20 Uhr, Stuttgart, Alte Reithalle, www.fdp-dreikoenig.de

Dreikönigs-Kundgebung 2009: 6. Januar 2009, 11 Uhr, Stuttgart, Opernhaus, www.fdp-dreikoenig.de

Gäste sind zu unseren Veranstaltungen herzlich willkommen. Bitte beachten Sie auch die aktuellen Termine auf der Homepage der FDP-Baden-Württemberg unter http://www.fdp-bw.de/termine.php

FDP
Die Liberalen